

## Neujahrstreffen der VU

Vaduz, 6. Januar 2019/Wilfried Marxer

Geschätzte Landtagsabgeordnete, Mitglieder der Regierung,  
Mandatsträgerinnen und -träger in den Gemeinden;

Geschätzte Mitglieder der Parteigremien;

Sehr geehrte Anwesende an diesem VU-Neujahrstreffen.

Zunächst möchte ich Euch allen alles Gute für das Neue Jahr 2019 wünschen und ich danke für die Einladung, hier an diesem Neujahrstreffen der Vaterländischen Union sprechen zu dürfen. Sie können mir glauben, dass ich mir während der Festtage viel Zeit genommen habe, um darüber nachzudenken, was ich alles sagen soll. Wir sind hier nicht bei der bayerischen CSU und es ist auch nicht Aschermittwoch – also wird ja vielleicht nicht die grosse Abrechnung erwartet. Ausserdem sind wir noch in weihnachtlicher Feststimmung, da der normale Alltag für viele von uns erst morgen wieder beginnt. Aber als Weihnachtsengel hat man mich wahrscheinlich ebenfalls nicht eingeladen. Ein bisschen Klartext darf und soll es wohl schon sein.

Also lasst mich beginnen.

„Sind wir ein Volk von Nein-Sagern?“ So lautet der angekündigte Titel meiner Rede. Bitte erlaubt mir die Pointe, dass ich dazu ganz entschieden „Nein“ sage.

Und das hat auch seine Gründe.

Die Frage, ob wir ein Volk von „Nein-Sagern“ sind, ist natürlich geprägt von aktuellen Entwicklungen und Entscheidungen, die diesen

Eindruck vermitteln. Wenn man in diesem Zusammenhang vom Volk spricht, muss man in erster Linie an Entscheidungen denken, die in Volksabstimmungen zustande kommen. Und tatsächlich kann man da auf einige Ablehnungen in letzter Zeit zurückblicken. Auf Landesebene waren dies etwa die Volksabstimmung über die Tour de Ski im vergangenen Jahr – abgelehnt mit 59,3 Prozent der Stimmen – oder die Abstimmung von 2016 über die Initiative der Wirtschaftskammer zum Familienzulagengesetz – abgelehnt mit 82,4 Prozent. In Erinnerung sind auch die Ablehnung in einzelnen Gemeinden zum Bau einer Hängebrücke zum 300-Jahr-Jubiläum des Fürstentums Liechtenstein, ähnliche Probleme treten bei der Finanzierung einer Kletterhalle oder eines Kinos an zentralem Ort in Liechtenstein auf.

Oder schauen wir nach Planken, wo im vergangenen Jahr die Erstellung eines Fussweges in einer Gemeindeabstimmung abgelehnt wurde, oder nach Triesenberg, wo für einen Bodenhandel und für den Kauf eines Gebäudes ablehnende Entscheide an der Urne resultierten. Die hauchdünne Mehrheit für das Clunia-Projekt in Nendeln sieht da ein wenig wie Kosmetik oder Trostpflaster aus.

Da kann man natürlich schon den Eindruck bekommen, dass wir ein Volk von Nein-Sagern sind.

Stimmt aber nicht.

Denn wenn man beispielsweise die liechtensteinische Abstimmungsgeschichte anschaut, hat es im Vergleich zur Schweiz in Liechtenstein deutlich mehr Zustimmung bei Volksabstimmungen gegeben. Sowohl Volksinitiativen – von Privatpersonen, Verbänden oder Parteien lanciert – haben gute Chancen, an der Urne angenommen zu werden, wie auch vom Landtag beschlossene Vorlagen, gegen die ein Referendum ergriffen wurde.

Es geht also nicht alles den Bach runter!

Aber man hat gegenwärtig schon den Eindruck, dass es schwieriger geworden ist, ein Anliegen durchzubringen. Ein Blick in die Vergangenheit ist vielleicht ganz aufschlussreich. 1925 beispielsweise stimmten 56 Prozent für den Bau des Lawenawerkes, trotz begrenzter finanzieller Ressourcen – also kein Vergleich zur heutigen finanziellen Lage des Staates. Ende der 1920er Jahre hatte der Staat mit noch grösseren finanziellen Problemen zu kämpfen, weil die Vorläuferin der heutigen Landesbank, die Sparkassa, verlustreiche Aktivitäten entwickelt hatte – bekannt unter der Bezeichnung „Sparkassaskandal“.

Die Sanierung kostete zwei Jahresbudgets des Landes. Dennoch stimmten 1930 mehr als 70 Prozent der stimmberechtigten Männer dem Bau des Binnenkanals zu. 1947, nur zwei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, stimmten mehr als 90 Prozent für den Bau des Saminawerkes. Etwas mehr als 53 Prozent votierten 1952 für die Einführung der AHV.

Also: Selbst in mageren Zeiten konnten immer wieder erfolgreich Mehrheitsbeschlüsse in Volksabstimmungen herbeigeführt werden.

Umgekehrt zeigt sich aber auch, dass Volksabstimmungen keine Einbahnstrasse mit garantierter Zustimmung sind. So fand etwa die Einführung einer Arbeitslosenversicherung 1931 nur 36 Prozent Zustimmung, und 1949 wurde eine vom Landtag beschlossene neue Gewerbeordnung haushoch von fast 80 Prozent der Abstimmungsteilnehmer abgelehnt. Mehr als 80 Prozent lehnten 1976 auch den Bau einer Umfahrungsstrasse zwischen Schaan und Vaduz ab. Dies sind nur ein paar wenige Beispiele aus der Abstimmungsgeschichte.

Das war alles vor der Einführung des Frauenstimmrechts im Jahr 1984, aber an der Feststellung, dass Vorlagen an der Urne mal

angenommen, mal abgelehnt werden, hat sich nichts Wesentliches geändert.

Ablehnungen bei Volksabstimmungen sind also keineswegs neu und es ist grundsätzlich ein positives Zeichen für eine funktionierende Demokratie, wenn der Abstimmungsausgang nicht von vornherein feststeht – wie das nicht selten in autokratischen Regimes der Fall ist, ausser wenn sie sich total verkalkulieren. Nur weil man zu einer Vorlage „Nein“ sagt, ist man im Übrigen noch lange kein notorischer „Nein-Sager“. Es gibt ja meist bei Abstimmungen überzeugende Gründe für eine Zustimmung wie auch für eine Ablehnung. Je nachdem, welche Argumente einen mehr überzeugen, wird man am Ende mit „Ja“ oder „Nein“ stimmen.

Und wenn man aus heutiger Sicht auf die vergangenen mehr als 100 Volksabstimmungen in Liechtenstein in den letzten 100 Jahren – allein auf Landesebene – zurückblickt, wird man feststellen, dass es meistens ganz vernünftig war oder zumindest nachvollziehbar, weshalb eine Abstimmung mit einer Ablehnung endete. Naja, bei der Ablehnung des Frauenstimmrechts 1971 und 1973 darf man schon etwas an der Rationalität zweifeln.

Wenn wir aber schon von den „Nein-Sagern“ sprechen, will ich noch kurz das Gegenteil andeuten: die „Ja-Sager“. Beide Begriffe sind ja eher negativ konnotiert. So haben sich Parteien, der Landtag und auch das Volk schon gefragt, ob sie zu reinen „Ja-Sagern“ verkommen sind. Also auch das gibt es.

Ich habe bereits dargelegt, dass wir kein Volk von reinen „Nein-Sagern“ sind und kann ergänzen: wir sind auch keine notorischen „Ja-Sager“. Ein Mittelmaß von Zustimmung und Ablehnung ist wahrscheinlich gar nicht schlecht.

Kleine Zwischenbemerkung: Von den hunderten von Landtagsbeschlüssen und Beschlüssen der Gemeinderäte gelangt

ohnehin nur ein winziger Teil in eine Volksabstimmung. Der Löwenanteil an Beschlüssen erfolgt in den hierfür zuständigen Repräsentativorganen, selbstverständlich immer auch mit dem Blick darauf, ob vielleicht ein Referendum droht und ob man eine Vorlage durch eine Volksabstimmung bringt. Und wenn es dann tatsächlich mal bachab geht, geht die Welt auch nicht unter. Jedenfalls bis heute nicht.

Wenn ich behaupte, dass wir kein Volk von „Nein-Sagern“ sind, kann ich mich ja nun der Frage zuwenden, ob wir vielleicht zu einem Volk von „Nein-Sagern“ geworden sind. Bewegen wir uns seit einigen Jahren in neuen Sphären? Hat ein politischer Kulturwandel stattgefunden? Herrscht das „Nein“ verstärkt vor?

Schauen wir zunächst auf die Parteienlandschaft. Was wir ohne weiteres erkennen können, ist die Tatsache, dass seit der Gründung der ersten Parteien in Liechtenstein im Jahr 1918 im Landtag bis zum Jahr 1993 jeweils nur zwei Parteien vertreten waren: die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) und die Vaterländische Union (VU) beziehungsweise deren Vorläuferin, die Christlich-soziale Volkspartei. Ich klammere hier die zweijährige Phase Anfang der 1930er Jahre aus, als die FBP alleine im Landtag vertreten war.

1993 kam die Freie Liste dazu, nach dem Austritt des VU-Landtagsabgeordneten Harry Quaderer aus der Partei errang die von ihm wesentlich initiierte Partei „Die Unabhängigen“ (DU) 2013 ihre ersten Landtagsmandate – und 2018 geht in die Geschichte ein als das Jahr, in welchem in laufender Mandatsperiode eine weitere Gruppierung unter dem Namen „Neue Fraktion“ als Abspaltung von der DU im Landtag politisiert, ausserhalb des Landtags mit dem Namen „Demokraten Pro Liechtenstein“ als neue Partei formiert.

Und bei der FBP hat sich mit dem Abgeordneten Johannes Kaiser ebenfalls ein Mandatar aus der Partei verabschiedet und übt sein

Mandat nun als Parteiloser aus – in seiner eigenen Wortwahl als „Parteifreier“.

Was bedeutet das? Das bedeutet, dass die Absicherung der jahrzehntelangen VU/FPB oder FPB/VU-Koalition mit 100 Prozent der Mandate im Landtag längst vorbei ist. Man hat für das damalige, kritische Neben- und Miteinander in Landtag und Regierung den Begriff der „Ko-Opposition“ geprägt. Heute bewegen wir uns in anderen Dimensionen. Seit 1993 sitzt erstmals eine richtige Opposition im Landtag.

Und nach den beschriebenen Veränderungen im Parteiensystem verfügen die beiden Regierungsparteien FPB und VU nun noch je über acht Mandate im Landtag, total 16, während neun Mandate die Opposition bilden: 3 Freie Liste-Abgeordnete, 3 Demokraten Pro Liechtenstein beziehungsweise Mitglieder der Neuen Fraktion, 2 Unabhängige, 1 Parteiloser. „Ist ja alles so schön bunt hier“, würde Nina Hagen sagen.

Was erwartet man von einer Opposition? Natürlich dass sie regierungskritisch ist, dass sie nicht routinemässig allem zustimmt, was von der Regierung und den Regierungsparteien serviert wird, dass sie sich als Alternative zu den anderen Parteien und selbstverständlich auch als Gegenangebot zu den Regierungsparteien präsentiert.

Rein rechnerisch wird die Luft für die Regierung, wenn es um zustimmende Beschlüsse des Landtags zu Regierungsvorlagen geht, dünner. Hinzu kommt, dass sich die Oppositionsparteien ein kantiges, gut erkennbares Profil erarbeiten können, während die Regierungsparteien theoretisch dazu verdammt sind, Beschlussvorlagen in der Regierung konsensual oder im Kompromiss auszuarbeiten und ihnen letztlich mit ihrer Landtagsmehrheit

zuzustimmen. Das kann natürlich Gegenwind geben, in dessen Zugluft sich Oppositionsparteien genüsslich bewegen.

Für Regierungsparteien, vor allem für die Volksparteien der politischen Mitte, ist dies eine grosse Herausforderung. Sollen sie sich ebenfalls stärker profilieren und Ecken und Kanten entwickeln? Sollen sie sich aus der Regierungsverantwortung zurückziehen? Das haben die FBP und die VU ja schon einmal geprobt und der anderen Partei die Alleinregierung überlassen. Das war in den Mandatsperioden 1997 bis 2001 und 2001 bis 2005. Sie fanden es am Ende aber doch nicht so toll, von der Regierungsmacht abgeschnitten zu sein.

Schauen wir nach Deutschland oder in die Schweiz, bekommen wir gratis und fast täglich zusätzlichen Anschauungsunterricht darüber, in welchem Dilemma sich Regierungsparteien bewegen und welche Strategien sie testen. Die CSU versucht in Bayern, die AfD zu verdrängen, die SPD wird marginalisiert. Die FDP meidet die Regierungsbeteiligung mit der Begründung: „Lieber nicht regieren als falsch regieren.“

In der Schweiz gebärdet sich die SVP, eine Regierungspartei im Bundesrat, eigentlich als Oppositionspartei Nummer eins. Die CVP gilt dagegen als Mehrheitsbeschafferin in der Mitte: mal hilft sie den eher rechten Parteien zu einer Mehrheit im Bundesrat und den Parlamentskammern, mal den eher linken. Und was hört man jetzt von dieser bei Wahlen gebeutelten CVP? Dass sie von diesem Kurs abrücken will und sich ebenfalls das Recht auf vermehrte Opposition herausnehmen will. Eben Ecken und Kanten zeigen, Profil entwickeln, unverkennbar sein, einer Klientel und einer Programmatik verpflichtet.

Das Problem ist aber: Wenn sich alle in einem engen programmatischen Korsett bewegen, wird es keine Mehrheiten mehr

geben. „Kompromiss“ ist für Parteien zu einem Makel geworden, mit Schwäche gleichgesetzt. Aber was, wenn alle auf ihren Maximalstandpunkten beharren? Dann geht gar nichts mehr. „Nein-Sagen“ ist dann programmiert.

Mit dem Versuch der Profilierung geht auch einher, dass man sich auf bestimmte politische Themen konzentrieren will, bei denen man als Partei besonders kompetent und glaubwürdig erscheint. Und wenn man es versteht, diese Themen in der öffentlichen Diskussion ganz nach oben zu befördern – man spricht dabei von „Agenda-Setting“ – dann hat man gute Aussichten, bei kommenden Wahlen besser abzuschneiden.

Die Kehrseite der Medaille ist, dass Themen, bei denen keine Lorbeeren zu ernten sind, eher vermieden werden. Darf ich ein paar Beispiele nennen, auch wenn es vielleicht weh tut?

Nehmen wir das Verhältnis von Kirche und Staat. Die Älteren unter uns werden sich noch erinnern: Vor mehr als 20 Jahren wurde im Dezember 1997 in einer Nacht- und Nebelaktion das Erzbistum Vaduz aus der Taufe gehoben. Nur wenige Wochen später verlangten mehr als 8'000 Personen in einer Petition den Verbleib im Bistum Chur, und auch der Landtag schloss sich dieser Forderung mit 24 von 25 Stimmen an.

Die Entflechtung oder Trennung von Staat und Kirche ist seither ein Thema. Ein Religionsgemeinschaftengesetz ist bereits verabschiedet, aber kann nicht in Kraft treten, weil die Beziehung von Staat und römisch-katholischer Kirche immer noch endgültig nicht geregelt ist. 21 Jahre genügen offenbar in diesem Kleinstaat, der sich seiner Flexibilität und schnellen Anpassungsfähigkeit rühmt, nicht, um ein solches Problem zu lösen.

Vielleicht sollte ich hier die Bemerkung anbringen, dass sich die schnelle Anpassungsfähigkeit vor allem dann zeigt, wenn der Druck

von aussen kommt. Als kleines Beispiel kann hier an die „Weissgeldstrategie“ erinnert werden.

Schauen wir uns die Verkehrssituation an: Keine Autobahn, kein Flughafen, kein ernstzunehmender Bahnhof in Liechtenstein. Das geht ja, solange man sich auf die Angebote im Ausland verlassen kann. Aber als boomender Wirtschaftsstandort sind wir halt trotzdem keine verkehrsfreie Insel. Das zeigt sich zunehmend an den Kapazitätsgrenzen der Strassen. Aber an einen Schienenausbau traut man sich fast nicht heran. Dabei wirkt es schon etwas befremdlich, wenn europaweit und weltweit von einem Ausbau der Infrastruktur, von Hochleistungsbahnen und vielem mehr nicht nur gesprochen wird, sondern daran gebaut wird, während der Zug zwischen Wien und Zürich in Nendeln geparkt wird, weil gerade ein Züglein in Buchs in Gegenrichtung losgefahren ist. So kann man sich natürlich auch zu einer Insel entwickeln.

Oder nehmen wir die Renaturierung des Rheins – mehr Natur sollte ja nicht ehrenrührig sein. Aus Politikermund höre ich dazu aber zuerst – Anwesende ausgenommen –, dass man sich zwar noch nicht damit befasst hat, aber eigentlich dagegen ist. Ach ja? Man kann ja „Nein“ sagen zu Projekten, da bin ich einverstanden. Aber man soll sich doch wenigstens vorher mit einem Sachthema auseinandersetzen.

Mit etwas Neid schaue ich nach Oslo, welches soeben als Umwelthauptstadt Europas das neue Jahr begonnen hat. Sollten wir nicht den Ehrgeiz entwickeln, in diese Richtung ebenfalls mal ein Signal auszusenden?

Oder werfen wir einen Blick auf die Familienpolitik. Nach der wuchtigen Ablehnung der Initiative der Wirtschaftskammer in der Volksabstimmung vor mehr als zwei Jahren und den vielen, sicherlich berechtigten Vorbehalten gegenüber dem Initiativvorschlag warten wir immer noch auf den grossen Wurf. Das Problem der schwierigen

Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Wunsch nach stärkerer Förderung der Familien ist weitgehend anerkannt. Da fragt man sich: Wie viel Zeit braucht es denn, bis griffige Massnahmen folgen?

Was sagt uns das alles? Es sagt uns erstens, dass es in einem komplexen politischen System wie in Liechtenstein nicht einfach ist, Neuerungen, geschweige denn Visionäres umzusetzen. Es braucht die Regierung, den Landtag, vielleicht das Volk in einer Volksabstimmung, die Sanktion des Landesfürsten. Wahrlich einige Hindernisse!

Man kann das noch zusätzlich verkomplizieren. Wie viele Vorlagen hatten wir in jüngerer Zeit, bei denen gleich alle elf Gemeinden einen positiven Beschluss fassen mussten, damit es mit einer Sache weitergehen konnte? Ich würde hier gerne anmerken, dass man eine Aufgabenteilung zwischen Staat und Gemeinden ins Auge fassen sollte – wenn man nicht schon seit Jahrzehnten darüber diskutieren würde.

Ich habe also erstens die Implikationen des politischen Systems angesprochen, die bremsend wirken können. Zweitens ist es aber logisch, dass nichts vorwärts geht, wenn man es gar nicht versucht.

Und warum versucht man es nicht? Hat man Angst vor dem politischen Gegner? Vor einer Niederlage? Einem Nein an der Urne? Vor ein paar Leserbriefen? Vor dem Verlust von Wählerstimmen bei den nächsten Wahlen?

Das mag ja alles sein und ich anerkenne die ungemütliche Lage, in der sich die Parteien und deren Führungspersonal immer mal wieder befinden. Trotzdem appelliere ich an den Mut und den Willen eben dieser Personen. Führung zeichnet sich nicht dadurch aus, dass man nie eins auf's Dach bekommt, sondern dass man eine Überzeugung hat und für diese eintritt. Auf diese Weise kann man auch Profil entwickeln.

Der Politikwissenschaftler Arno Waschkuhn hat das liechtensteinische System einmal mit den drei Worten „Mitte, Mischung, Mässigung“ beschrieben. Das war in den 1990er Jahren. Inzwischen hat wie weiter oben beschrieben ein Wandel in der Parteienlandschaft und eine Veränderung des Klimas der politischen Auseinandersetzung stattgefunden.

Denn was von Waschkuhn noch beschrieben wurde, war eine Zeit, in der bei allen – auch heftigen – Auseinandersetzungen doch ein breiter Konsens in zentralen Fragen vorhanden war. Wie bereits erwähnt: Grosse Koalition und Ko-Opposition. Mir scheint aber der globale Trend in eine andere Richtung zu gehen: Maximale Profilierung, Elitenkritik, Entsolidarisierung.

Wenn man diesen Stil auf einen Begriff bringen will, kann man auch „Donald Trump“ und „America First“ sagen. Das ist aber nicht der Weg, der für Kleinstaaten wie Liechtenstein erfolgversprechend ist. Kleinstaaten sind stark international vernetzt, von anderen Staaten abhängig, verletzlich, export- und importorientiert, auf die Verlässlichkeit von internationalen Vereinbarungen und Staatsverträgen angewiesen.

Wie stolz war Liechtenstein, als es 1978 in den Europarat aufgenommen wurde, 1990 in die Uno! 1995 sind wir dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beigetreten – nach zwei positiven Volksabstimmungen übrigens. Und Liechtenstein würde weiterhin gut daran tun, zu solchen internationalen Verbindungen Sorge zu tragen, sie zu stärken und zu stützen. Auch hier braucht es manchmal Mut und Überzeugung.

Doch was stellen wir fest, nicht nur in Liechtenstein? Oft eine Vogel-Straus-Politik: Kopf in den Sand – nichts gesehen, nichts gehört.

Nehmen wir den Uno-Migrationspakt, der helfen soll, die weltweit tatsächlich permanent stattfindende Migration in einigermaßen

geordnete Bahnen zu lenken. Doch da bricht eine unkontrollierbare Migrationsallergie aus. Als ob es keine Migration geben würde, unabhängig davon, was wir davon halten. Geht uns alles nichts an?

Was ist denn von Staaten zu halten, die sich auf die christlich-abendländische Tradition berufen, aber erlauben, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken, weil man die Hilfe verweigert, ja sogar staatlicherseits verbietet und unter Strafe stellt? Mehr als 2'200 Flüchtlinge haben 2018 ihr Leben im Mittelmeer verloren. Festung Europa, weil nicht sein soll, was nicht sein darf? Entsolidarisierung und sich aus der Verantwortung stehlen gehen Hand in Hand. Wir können als Kleinstaat natürlich nur einen kleinen Beitrag leisten, um dem entgegenzusteuern. Aber das ist besser als gar nichts.

Probleme verschwinden nicht von alleine, nicht alle jedenfalls. Man kann einiges aussitzen, klar, aber ist dies zukunftsorientierte Politik? Die Welt bewegt sich, ob wir wollen oder nicht. Damit gehen auch Probleme und immer neue Herausforderungen einher. Und damit ist die Politik gefordert, will man nicht einfach alles dem Zufall, oder anderen, oder dem Schicksal, oder wem immer überlassen.

Lasst mich aber ein bisschen weniger pessimistisch und kritisch enden. Blicke ich auf die Geschichte Liechtensteins zurück, darf man sicher stolz und zufrieden mit dem Erreichten sein. Jedenfalls gab es historische Phasen – und das sind fast alle – in denen es uns schlechter ging als heutzutage. Auch wenn man feststellen muss, dass viel Spannung und Spaltung in der Gesellschaft liegt.

Ich möchte aber nochmals dazu auffordern, die Politik aktiv zu gestalten, dabei nicht nur den ökonomischen Vorteil im Auge zu haben, sondern auch die Verantwortung für die Gesellschaft, für die Umwelt und die Natur, die Solidarität im eigenen Land und auch international, wo auch der Kleinstaat Liechtenstein einen

proportionalen Beitrag leisten kann – vielleicht sogar einen überproportionalen?

Sind wir ein Volk von „Nein-Sagern“? Nochmals: Nein. Aber es ist aus verschiedenen Gründen sehr anspruchsvoll geworden, Vorlagen beliebt zu machen. Die Sparpolitik der letzten zehn Jahre hat dazu ebenfalls beigetragen. Folgendes fragen sich viele Leute: „Wieso soll man für etwas Geld ausgeben, was mir selbst nicht unmittelbar nützt, wenn auf der anderen Seite auf meinem Buckel – mindestens gefühlt – gespart wird?“ Das ist ein ernsthaftes Problem.

Der Eigennutz bekommt einen immer höheren Stellenwert, aber wo bleibt das Kollektiv, der Blick auf die gesamte Gesellschaft, auf das Öffentliche, den Staat? Es herrscht nicht mehr ein ausgeglichenes Verhältnis von Geben und Nehmen, von Leben und leben lassen vor. „Ich zuerst“ heisst eher die Parole der Stunde. Wir müssen daher auch daran arbeiten, dass dieses Gefühl des Zu-Kurz-Kommens keine neue Nahrung erhält. Die Menschen müssen spüren, dass auch sie von politischen Entscheidungen profitieren können. Dann sind sie vielleicht auch eher bereit, anderen einen Vorteil zuzugestehen.

300 Jahre Fürstentum Liechtenstein wird in diesem Jahr gefeiert, ein Anlass, um zurückzublicken, Bilanz zu ziehen, aber auch nach vorne zu schauen. Meine Bitte: Ein wenig mehr Mut, mehr Entschlossenheit, mehr Überzeugung, mehr Werben für die eigenen Überzeugungen. Das wünsche ich mir als Staatsbürger.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.